

Aubert-Sonne

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Geltion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostlachsen

Gebührt jeden Werktag nachmittags. ★ Bezugsschein halbjährlich frei ins Haus 1 Mark monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Aufstellungsgebühr einschließlich der Beilage „Der kommunistische Kämpfer“, „Der kommunistische Genossenfahrt“, „Die Kommunistin“, sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern“. ★ Verlag und Verlagsstelle: Dresden-Alt., Güterbahnhofstraße 2, 1. Herausgeber: 1729. ★ Redaktion: Dresden-Alt., Güterbahnhofstraße 2, 1. Geschäftsräume der Redaktion: täglich nachmittags von 4—6 Uhr. Sonntagsmorgens von 8—10 Uhr. ★ Postleitzettel Nr. 13 555 Dresden, Emil Schlegel. ★ Bezugspreis: 10 Goldpfennige für die neuamt erhaltene Monatszeitschrift, 20 Goldpfennige für die Familienzeitschrift, 30 Goldpfennige für die Zeitungsmesse. ★ Goldpfennige für die Zeitungsmesse entfallen an den Preis des Zeitungsmessens. ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang

Donnerstag, 7. Mai 1925

Nummer 29

Was wird die SPÖ jetzt mit dem „Volksblock“ tun?

Die SPÖ soll doch den Arbeitern zeigen, wie sie jetzt mit ihren Reichsbannerparteien gegen Hindenburg „kämpfen“ wird

Eine Erklärung der Zentrale der KPD, der Kommunistischen Reichstagsfraktion und der Kommunistischen Fraktion des Preußischen Landtages

Durch die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der Republik sind der wahre Charakter dieser Republik und der Weg, den sie nach dem Willen der herrschenden Klasse gehen soll, blichstark erschienen worden. Was zu Eberls Zeiten so oft als „Ausnahmeszustand“ erklärt wurde, als die Kapitalsherrschaft in Gefahr war, die durch keine Schranken der bürgerlichen Demokratie eingeschränkt wurde, das ist die Diktatur des Großkapitals, durchgeführt durch die monarchistischen Generäle, das soll jetzt der normale Zustand in Deutschland werden. Hindenburg hat vom internationalen Kapital den Auftrag übernommen, die Domes-Paten aus den weltlichen Massen Deutschlands rücksichtslos herauszuputzen und das deutsche Volk in den Fesseln der Verträge von Versailles und London und der Sanktionen des Völkerbundes als Raubvogel gegen Sowjetrussland auszuliefern. Das ist die Zukunft Deutschlands, wenn die Hindenburg-Diktatur nicht gestoppt wird durch die gesammelte Kraft der weltlichen Massen.

Die Präsidentiafswahlen haben erneut bestätigt, was die Kommunistische Partei seit jeher gezeigt hat, daß der Vormarsch der Reaktion so lange unauflöslich ist, als große Teile der arbeitenden Massen, verführt durch die sozialdemokratische Realpolitik, am Schwanz der Bourgeoisie marschiert sind. In der roten Klassenfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten unter Führung der KPD gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Nach den Wahlen sind die Parteien des „Volksblocks“ durch die Erklärung ihres Führers Marx offen zu Hindenburg übergegangen und haben auch den Scheinkampf gegen Hindenburgs Präsidentiafschaft eingestellt. Dennoch mögen sie es noch immer, sich als Republikaner aufzuspielen und durch ihre Scheinposition die lebendigen Massenenergien vom wirklichen Kampf gegen die Reaktion abzuhalten.

Die Kommunistische Partei hält es für ihre dringendste Aufgabe, dieses Mandat der SPD und der übrigen Hindenburg-Republikaner zu durchkreuzen und den Massen den richtigen Weg des Kampfes zu zeigen. Darum hat die KPD in einem offenen Brief an den ADGB und die SPD die Maßnahmen genannt, die zum Kampf gegen die monarchistische Reaktion und zur Sicherung der primaristischen Rechte der weltlichen Massen notwendig sind: Auflösung der monarchistischen Wehrmacht, der monarchistischen Verbände, Eskalation und Umwaffnung der Schutzpolizei, Amnestie für die proletarischen Kämpfer gegen die Reaktion, Konfiskation der damaligen Vermögen, Ausweisung der Mitglieder der ehemaligen Dynastien, Auflösung des reaktionären Staatsgerichtshofes, letzterer Absturztag, Aufhebung der die weltlichen Massen belastenden Steuern.

Die KPD erklärt sich bereit, mit den Parteien und Organisationen zusammenzugehen, die sich für diese Forderungen einstehen. Die SPD und die anderen Parteien, die sich republikanisch nennen, haben es nicht einmal für nötig befunden, dieses Notprogramm zu diskutieren. Dadurch ist aufs neue bestätigt, daß nur die weltlichen Massen, geführt von ihrer Klassenpartei, von der KPD, die monarchistische Reaktion ernsthaft bekämpfen können.

Die Kommunistische Landtagsfraktion in Preußen hat sich bereits erklärt, eine Regierung der Sozialdemokraten mit den sogenannten Republikanern nicht zu verhindern, falls sich diese zur Durchführung der angegebenen Maßnahmen verpflichtet.

Wie wir vorausgelegt haben, denken SPD und ihre Bundesgenossen gar nicht daran, mit den Kommunisten über die Durchführung dieser Forderungen zu verhandeln. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun hat sich vielmehr hinsichtlich an die monarchistische Volkspartei gewandt, damit sie der Regierung beitrete, die selbstverständlich kein Werkzeug gegen Hindenburg, sondern ein Werkzeug der Hindenburg-Diktatur sein soll.

Um den Hindenburg-Republikanern keine Ausflucht zu lassen, erklärt die Zentrale der KPD, trotzdem, zugleich im Namen der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion der KPD,

doh ihr Angebot aufrechterhalten bleibt, nicht nur für Preußen, sondern auch für das Reich.

Nummer 29

Zurück zur Roten Front!

Von Ruth Fischer

In den letzten Monaten ist ein großer Teil von Arbeitern verwirrt und konfus gemacht worden mit dem Schwarzer-Goldenen Geschwätz vom „Schutz der Republik“, „Kampf gegen die Reaktion“ und ähnlichen Redensarten. Dabei haben die Herren Vollstrecker von Beruf sich nicht gescheut, den breiten Massen einzureden, sie könnten

Kampflos im Parlament, durch die Weimarer Koalition, einen geradezu paradiesischen Zustand in Deutschland herstellen: Washingtoner Abkommen, gute Löhne, „Ausbau der sozialen Fürsorge“, „Kampf gegen die Junker in Preußen“, „Ariaden mit dem Ausland“, „Steuern für die Ausbeuter“, „Steuerobergabe für die Beschlöfe“, „gesicherter Aufstieg der unteren Volksklassen im Rahmen des Volksstaates“, kurz, im Vergleich zu dem, was heute ist, ein Paradies.

Und die Arbeiter, müde, hungrig, abgelaufen, haben halb und halb geglaubt, daß es so gehen könnte. Aber — sagten die Vollstrecker aller Schattierungen von Beruf, alle diese schönen Dinge können wir nicht machen, denn es fehlt zur Mehrheit in den Parlamenten genau das, was

die Kommunisten an Mandaten haben.

Und die Kommunisten sind die Verbündeten der schwarzen Weiberroten Reaktion, deswegen können wir leider, leider für euch nicht eher etwas tun, ihr Proleten, ehe man diese Kommunisten, sei es durch den Staatsgerichtshof, sei es anders, besiegt.

Wir Kommunisten wissen es nur zu genau, und wir sagen es den Arbeitern offen:

Die Herren Sozialdemokraten und andere „Volksblöcke“ wollen uns, vor allem im Parlament los sein, um die ungeniebene proletarische Kontrolle ihrer Schiebergeschäfte los zu werden. Das ist alles. Tun wollen sie nichts, nicht einmal in ihrem dreimal heiligen Parlament, wo doch kein „Bürgerkrieg“ herrscht und ihnen nichts an Leib und Leben passieren kann.

Im gegenwärtigen Moment beschränken sie sich auf zwei Sachen:

Eine Tat und eine Rede.

Ihre Tat: Sie rütteln vor Hindenburg alle miteinander auf dem Bauch. Reichsbanner steht Spalter, wenn der „Ketter“ in Berlin einzieht. SPD jammert, man könne halt nichts machen, der Zammergesetz Marz schreibt domäntige Briefe an seinen Oberwandler Hindenburg. („Berliner Tageblatt“ — heißt „demokratisch“ und „republikanisch“ schreibt nur noch: Herr Paul von Hindenburg), Seizing erklärt im Preußensparlament die Aufgabe des Reichsbanners für erlebt.

Ihre Rede: Hindenburg stünde auf Thälmanns Schultern!

Diese große Lüge glauben sie selber nicht. Waren wir Kommunisten solche Esel und Klassenverächter wie die Sozialdemokraten, und hätten wir unseren Anhängern einzureiben versucht, der fromme und in Weltharzer gebadete Marx sei ein „Kämpfer“ gegen Hindenburg — dann hätten unsere Anhänger genau so wie die SPD in Sachsen trotzdem nicht für Marx gestimmt und die bürgerlichen Anhänger von Marx wären angesichts des „kommunistischen Bundesgenossen“ in hellen Scharen zu Hindenburg übergetreten. Das heißt: hätten wir die Taktik befolgt, die uns der „Borwärts“ empfiehlt, dann wäre Hindenburg mit noch größerer Stimmenzahl gewählt worden!

Also genug mit diesem Schwund!

Hindenburg ist das Resultat von sieben Jahren Klassenkampf! — Das ist die Wahrheit.

Wir Kommunisten sind die unverzüglichsten Feinde der Bourgeoisie und daher auch der sogenannten „demokratischen Republik“, die den Kapitalisten trefflich als Blasterade ihrer Diktatur in Deutschland (und in allen kapitalistischen Ländern) dient. Unser Ziel: Der Sturz der Bourgeoisie, die Zerschlagung ihres Staatsapparates, die Aufrichtung des Rüstestaates. Aber wir Kommunisten organisierten die Revolution durch die Sammlung der Massen in den täglichen Klassenkämpfen. Und angesichts der akuten monarchistischen Gefahr, angesichts dieser „demokratischen“ Republik mit Hindenburg an der Spitze — angesichts dieser Lage jehen wir alle Kräfte ein, um die Massen

Wir werden die Haltung der Preußischen Landtagsfraktion auch von der Antwort auf diesen Vorschlag abhängig machen und im Preußenswahlkampf nicht verabsäumen, die Verantwortung der Schwarzer-Goldenen Parteien für die Schwarz-Weiß-Rote Reichspolitik ebenso eindeutig festzustellen, wie die Tatjache, daß sie es abgelehnt haben, in Preußen eine Regierung gegen die Hindenburg-Reaktion zu bilden.

Im Bewußtsein unserer Verantwortung vor den arbeitenden Massen als die einzige Klassenpartei des Proletariats erklären wir, daß die Rote Front aller Ausgebeuteten und Unterdrückten die einzige wirkliche Kampffront gegen die monarchistische Reaktion ist, daß keine bürgerlich-demokratische Republik, welche Maßnahmen sie immer durchführen mag, das Proletariat vor der härtesten Unterdrückung und der äußersten Ausrottung schützen kann, daß wir darum die Übernahme der gesamten Staatsmacht durch die Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats als den einzigen Ausweg propagieren und organisieren.

Wir wissen, daß die Hindenburg-Republikaner auf unser Angebot keine ernsthafte Antwort geben werden, daß sie, wie sich das in Sachsen und Hamburg zeigte, und wie es jetzt wieder die Wirkung unseres Angebotes in Preußen und im Reich beweisen wird, ziemlich lieber mit einer offenen monarchistischen Partei gegen das Proletariat zusammen regieren, als auch nur eine Scheinrepublikanische Regierung aufrecht zu erhalten. Wir wissen, daß die Hindenburg-Republikaner nicht daran denken, der monarchistischen Luther-Regierung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Wir wissen, daß unsere Widerstandsbewegungen in allen Parlamenten von der Einheitsfront der Reaktion, die von den Sozialdemokraten bis zu den Bölkischen reicht, abgestraft werden, daß jeder praktische Schritt gegen die monarchistische Reaktion nur durch den Kampf der weltlichen Massen unter der Führung der Kommunistischen Partei getan werden kann.

Wir fordern alle Arbeiter und alle wirklichen Feinde der Hindenburg-Reaktion in Deutschland auf, unsere Vorschläge genau zu prüfen, genau darauf zu achten, wie sie von den Reichsbanner-Parteien beantwortet werden, die uns „Steigbügelführer der Reaktion“ nennen, und darnach ihre Entscheidung zu treffen. Die Taten der Hindenburg-Republikaner werden wie bisher, so auch weiterhin für uns zeugen.

Berlin, den 4. Mai 1925.

Zentrale der KPD.
Kommunistische Reichstagsfraktion,
Kommunistische Fraktion im Preußischen Landtag.